

Newsletter aus Brüssel

11.5.2015, Ausgabe 4

IG Metall Verbindungsbüro



Inhalt

- Die Zukunft Griechenlands neu denken
- TTIP: Nachbesserungen bei umstrittenen Schiedsstellen geplant
- Mehr Geld für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa
- Re-Industrialisierung in Europa: Nur mit mehr Investitionen und Mitbestimmung
- Europäisches Gespräch: Auswege aus der Krise in Europa?
- Der Arbeitskreis Wehrtechnik & Arbeitsplätze der IG Metall zu Gesprächen in Brüssel
- Gewerkschaften europaweit gegen eine Überarbeitung der Arbeitszeitrichtlinie
- Schnellere Hilfe bei Unfällen im Straßenverkehr – EU will eCall einführen
- "Benchmarking Working Europe 2015" erschienen – Ergebnisse sprechen klar gegen europäische Austeritätspolitik

Die Zukunft Griechenlands neu denken

Auf einer dreitägigen Reise nach Athen sprach Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, mit hochrangigen griechischen Regierungsvertretern. Sein Résumé: "Die Regierung in Griechenland will die Weichen für die Zukunft des Landes neu stellen. Viele entscheidende Reformprojekte packt sie bereits an. Doch das alles braucht Zeit, um die Versäumnisse der vergangenen Regierungen nachzuholen."

Über fünf Jahre Austeritätspolitik haben tiefe soziale und ökonomische Gräben in Griechenland aufgerissen. Der bisher eingeschlagene Sparkurs muss dringend beendet und wirkliche Strukturreformen auf den Weg gebracht werden. So sieht es die Syriza-Regierung – und bekommt dabei seit ihrer Wahl massiv Gegenwind der Troika zu spüren. Unterstützung auf ihrem neuen Kurs erfährt die Regierung allerdings europaweit von Gewerkschaftsseite. Auch die IG Metall sieht in dem politischen Umbruch in Griechenland keine Gefahr, sondern vielmehr eine Chance für ein demokratisches und soziales Europa. Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, ist nun zu Gesprächen nach Athen gereist, um mit der griechischen Regierung und den griechischen Schwestergewerkschaften in einen konstruktiven und offenen Dialog zu treten. Deutlich wurde, dass die IG Metall als Teil der deutschen und europäischen

Gewerkschaftsbewegung für die griechische Regierung von Interesse ist, u.a. um weitere Bündnispartner zu gewinnen und politische Einschätzungen zu erhalten. Der Arbeitsminister Panos Skourletis begrüßte den Besuch Wolfgang Lembs und sprach von einer nicht nur "symbolischen" sondern auch ganz "praktischen" Bedeutung des Dialoges mit der IG Metall. Er berichtete, dass die Arbeitsbeziehungen in Griechenland nicht mehr verlässlich seien, flexible Arbeitsverträge inzwischen die Norm darstellten, und die Arbeitgeber unkontrollierbar seien. Um diesen Missständen zu begegnen plant das Arbeitsministerium bereits, die Tarifverhandlungen sowie den Mindestlohn gesetzlich wieder einzusetzen. Die neue wirtschaftspolitische Strategie umfasst eine kurzfristige Finanzstabilisierung durch Investitionen, eine neue Beschäftigungspolitik und eine Industrie- und Branchenpolitik, die die Stärken Griechenlands zum Ausdruck bringt, zum Beispiel im Rahmen einer Dezentralisierung der Energiepolitik mit dem Schwerpunkt regenerative Energien. "Insgesamt habe ich einen positiven Eindruck, sowohl was den Reformwillen als auch die begonnenen Projekte zur Umstrukturierung der Wirtschafts- und Beschäftigungssituation angeht", resümiert Lemb. "Die Reformen sind aber nicht von heute auf morgen umzusetzen. Sie brauchen Zeit – und die Unterstützung der EU."

TTIP: Nachbesserungen bei umstrittenen Schiedsstellen geplant

EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström hat den von ihr angekündigten nachgebesserten Vorschlag zu Schiedsstellen in TTIP in Parlament und Rat vorgestellt. TTIP-Gegner befürchten, dass Konzerne über die Schiedsstellen Schadenersatz für unliebsame Gesetze verlangen und letztlich Umwelt- und Verbraucherstandards aushebeln können.

Cecilia Malmström, EU-Handelskommissarin, will die Schiedsstellen jetzt stärker in Richtung normaler Gerichte entwickeln. Ihr Vorschlag sieht eine Berufungsinstanz vor, zudem soll vorab eine Vorauswahl der privaten Schlichter getroffen werden, um Interessenkonflikte zu vermeiden. Als mittelfristiges Ziel in ihrem Konzept wird ein multilateraler Gerichtshof vorgeschlagen, der aber nicht mehr Teil von TTIP sein soll. Er soll dann für alle Streitigkeiten im Handels- und Investitionsbereich zuständig sein. Abgeordnete im Handelsausschuss kritisierten, dass der Aufbau eines solchen multilateralen Gerichtshofs zehn bis fünfzehn Jahre in Anspruch nehmen könne und Malmström kein überzeugendes Konzept für eine kurzfristige Lösung vorlegen könne. Abgeordnete aus Reihen der Sozialdemokraten, Grünen und Linken kritisierten das Konzeptpapier und bekräftigten ihre Position, dass Schiedsstellen außerhalb der nationalen Rechtswege weder wünschenswert noch notwendig seien. Liberale und Konservative begrüßten hingegen die "konstruktiven Vorschläge". Aus dem Rat der Handelsminister, also der Vertreter der Mitgliedstaaten, drang die Einschätzung, dass Malmströms Entwurf ein erster Schritt in die richtige Richtung aber noch nicht einigungsfähig sei. Es bestünden noch zu viele Unklarheiten. Deutschland, Belgien, Irland, Frankreich, Finnland und Österreich zeigen sich in puncto Streitschlichtungsmechanismus skeptisch. Die tschechische Regierung dringt darauf, die Rechtsbereiche, die nach wie vor in der exklusiven Regulierungskompetenz der EU bzw. der Staaten liegen, auszuweiten und nicht auf soziale und ökologische Standards zu beschränken. Deutschland hat in Person von Sigmar Gabriel einen permanenten bilateralen Handelsgerichtshof vorgeschlagen, betont aber, dass der nationale Rechtsweg

immer Vorrang vor dem Schiedsgericht haben muss. Malmström zeigte sich offen für die deutschen Vorschläge. Es wird nun an einem Entwurf für einen Rechtstext gearbeitet.

Mehr Geld für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa

Sieben Millionen Jugendliche in der EU sind zurzeit arbeitslos. Das EU-Parlament hat nun dem Vorschlag der EU-Kommission einer erhöhten Vorfinanzierung der sogenannten Beschäftigungsinitiative für junge Menschen zugestimmt.

Eine der größten Herausforderungen der anhaltenden Wirtschaftskrise in Europa ist die hohe Jugendarbeitslosigkeit. Daher rief die EU 2013 die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen ins Leben. Sie soll Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Regionen mit einer Jugendarbeitslosenquote von über 25 Prozent unterstützen. In 20 EU-Staaten ist dies der Fall, u.a. in Frankreich, Griechenland, Portugal, Spanien, Großbritannien und Schweden. Deutschland ist nicht betroffen. Jedoch haben sich alle EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der sogenannten Jugendgarantie dazu verpflichtet, jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten, nachdem sie die Schule verlassen haben oder arbeitslos geworden sind, eine hochwertige Arbeitsstelle, einen Ausbildungs- oder Praktikumsplatz anzubieten.

Für 2015 war ursprünglich geplant, ein Prozent der für die Beschäftigungsinitiative zugeteilten Gelder zur Verfügung zu stellen. Die EU-Kommission hatte allerdings im Februar diesen Jahres vorgeschlagen, bereits 30 Prozent der Mittel, entsprechend 1 Mrd. Euro, im laufenden Jahr auszuteilen. Diese erhöhte Vorfinanzierung soll auch dazu beitragen, die Jugendgarantie in die Tat umzusetzen. Die Abgeordneten im EU-Parlament haben dem Kommissionsvorschlag am 29. April 2015 mit großer Mehrheit zugestimmt. Die IG Metall befürwortet eine erhöhte Vorfinanzierung. Angesichts der dramatischen Lage einer extrem hohen Jugendarbeitslosigkeit in vielen EU-Staaten sei diese Soforthilfe dringend nötig. Nun müssen noch die 28 EU-Mitgliedstaaten dem Finanzierungsvorschlag zustimmen. Erwartet wird eine rasche und zustimmende Entscheidung.

• [Pressemitteilung des EU-Parlaments](#)

Re-Industrialisierung in Europa: Nur mit mehr Investitionen und Mitbestimmung

"Wir brauchen mehr und gezieltere Investitionen in die europäische Industrie", forderte Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall auf der Industriepolitischen Konferenz der IG Metall und der Hans Böckler Stiftung (HBS) am 26. März 2015 in Brüssel.

Mit einer Investitionsoffensive will die EU-Kommission in den kommenden drei Jahren öffentliche und private Investitionen in die Realwirtschaft im Umfang von mindestens 315 Mrd. Euro mobilisieren. Bis 2020 soll in allen Mitgliedstaaten der Anteil der Industrie am

Bruttoinlandsprodukt auf 20 Prozent gesteigert werden. Allerdings hinkt die Praxis diesem Vorhaben weit hinterher. Die IG Metall veranstaltete daher in Kooperation mit der HBS die Konferenz "Europa 2020 – Industriepolitik in Europa", um mit hochrangigen Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Arbeitnehmervertretung über geeignete Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Industrie zu diskutieren. Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, stellte klar: "Der Investitionsplan der Juncker-Kommission ist ein guter Ansatz zur Konjunkturbelebung. Er muss aber zu einem echten Investitionsfonds, der auch direkt investiert, ausgebaut werden. Und der Fonds für strategische Investitionen (EFSI) muss in eine Investitions- und Modernisierungsagentur für Europa erweitert werden." Nur so würden die Gelder tatsächlich in die reale Wirtschaft fließen und gezielter der Industrieförderung und der Schaffung von guter Arbeit zugute kommen. Der bei der EU-Kommission für nachhaltige Entwicklung und Europa 2020 zuständige Direktor Carlo Pettinelli betonte die Wichtigkeit einer neuen europäischen Industriepolitik. Die Kommission plane, die ganze Wertschöpfungskette grenzüberschreitend zu stärken sowie neue Handels- und Investitionsstrukturen zu unterstützen.

Wolfgang Lemb unterstrich auch die Bedeutung qualifizierter Beschäftigter für eine moderne Industrie, die durch Innovation die betrieblichen Abläufe und die Produktion verbessern und so zum Unternehmenserfolg beitragen würden. Dabei gab er zu bedenken: "Nur wirkliche Mitbestimmung im Betrieb führt dazu, dass die Beschäftigten sich in hohem Maße für die Unternehmensziele einsetzen." Wie wichtig die Beteiligung von Arbeitnehmern sowie ihren Vertretern für eine zukunftsorientierte europäische Industriepolitik ist, darüber waren sich die Vorsitzenden von Euro-Betriebsräten Marc Ambiaux (Airbus), Kai Müller (Alstom), Alberto Villalta (ArcelorMittal) ebenfalls einig. Sie diskutierten auf dem Podium mit Eliana Garces Tolon, in der EU-Kommission für Industrielle Wettbewerbsfähigkeitspolitik zuständig, und Martina Werner, Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des EU-Parlaments. Alle Podiumsteilnehmer sprachen von einem nötigen Umdenken der EU. Maßnahmen zur Re-Industrialisierung müssten schneller umgesetzt werden. Dafür brauche man eine Road-Map zum industriellen Wandel, nachhaltige Beschäftigungsprogramme und einen Garantiefonds mit großer Hebelwirkung.

- Konferenzprogramm/ Pressemitteilung/ Rede Wolfgang Lembs

Europäisches Gespräch: Auswege aus der Krise in Europa?

"Wohlstand in Europa: gibt es nur, wenn wir die wachsende Ungleichheit stoppen." Unter diesem Titel fand am 16. und 17. April 2015 das diesjährige "Europäische Gespräch" der Hans Böckler Stiftung und des Europäischen Gewerkschaftsinstituts in Brüssel statt. Prominente Vertreter aus Gewerkschaft, Politik und Wissenschaft diskutierten in verschiedenen Workshops das Thema Wohlstand und wachsende Ungleichheit aus verschiedenen Perspektiven.

Die extreme Ungleichverteilung des Wohlstandes unserer Gesellschaft hat die Finanz- und Wirtschaftskrise maßgeblich mitverursacht. Dies ist die These des Wirtschaftsnobelpreisträgers Paul Krugman. Bei seiner Eröffnungsrede zum "Europäischen Gespräch" hob Krugman die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich als zentralen Faktor der Krise hervor. Die heutige Situation der Ungleichverteilung sei

vergleichbar mit dem extremen Wohlstandsgefälle zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Und auch heute bestehe die Gefahr einer Ausweitung der Krise auf Politik und Gesellschaft. "Die Finanzkrise seit 2008 ist das Resultat einer Politik, die die Lehren der 1930er Jahre vergessen hat", so Krugman. Steigende Einkommensunterschiede hätten bereits zu einer Polarisierung der politischen Lager geführt und in Europa extremistische Parteien begünstigt. Die Sparpolitik der Europäischen Union sei kein Ausweg aus der Krise, sondern habe diese ganz im Gegenteil sogar noch verstärkt. Krugman forderte daher ein Ende des Sparkurses und eine Stärkung der Binnennachfrage in Europa. Hierzu schlug der Nobelpreisträger Lohnerhöhungen vor, und erntete für diesen Lösungsvorschlag viel Beifall aus dem Publikum.

Neben Krugman nahm auch der ehemalige EU-Sozialkommissar Laszlo Andor am "Europäischen Gespräch" teil. Zum Abschluss der zweitägigen Veranstaltung diskutierte er mit dem DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann, ob eine Europäische Arbeitslosenversicherung – ein Vorschlag seiner Amtszeit – ein Ausweg aus der Krise in Europa sein kann.

- Dokumentation der Veranstaltung der HBS
- Rede des ehemaligen Sozialkommissars zur Europäischen Arbeitslosenversicherung am 29. September 2014

Der Arbeitskreis Wehrtechnik & Arbeitsplätze der IG Metall zu Gesprächen in Brüssel

Der Arbeitskreis Wehrtechnik & Arbeitsplätze der IG Metall diskutierte in Brüssel mit politischen Entscheidungsträgern und Industrievertretern über die europäischen Rahmenbedingungen der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie sowie die Zukunft der Beschäftigten. Der Arbeitskreis fordert: Strukturwandel und politische Entscheidungen dürfen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden.

Betriebsräte und Betriebsrätinnen der Branche diskutierten mit Vertretern aus der EU-Kommission und dem EU-Parlament sowie der Europäischen Verteidigungsagentur, Industrievertretern und dem Dachverband industriAll Europe.

Die IG Metall und die BetriebsrätlInnen fordern, dass die Beschäftigten und ihre Vertretungen auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene von Industriepolitik und Sozialdialog in die Diskussionen über die politischen und industriellen Strategien für den Verteidigungs- und Sicherheitssektor eingebunden sind. Strukturwandel und politisch induzierte Veränderungen dürfen nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen. Und klar ist auch: Menschenrechte stehen vor Waffenexporten! Bei Zweifeln darf ein Export nicht stattfinden.

Gewerkschaften europaweit gegen eine Überarbeitung der Arbeitszeitrichtlinie

Die EU-Kommission hat erste Ergebnisse der Konsultation zur Arbeitszeitrichtlinie veröffentlicht. Über zweitausend Organisationen und Privatpersonen nahmen an der Befragung teil. Auch die IG Metall brachte ihre Forderungen ein.

Die sogenannte Arbeitszeitrichtlinie, die seit 2003 besteht, legt für alle EU-Mitgliedstaaten gemeinsame Mindeststandards für den Schutz der Arbeitnehmer vor Gesundheits- und Sicherheitsrisiken fest, die als Folge von zu langen oder unangemessenen Arbeitszeiten und unzureichenden Ruhe- und Erholungszeiten entstehen können. Nun plant die EU-Kommission eine Überarbeitung der Richtlinie und eine Folgenabschätzung. Hierzu hat sie bereits in einem ersten Schritt Vertreter von Arbeitnehmern und Arbeitgebern befragt. In einem zweiten Schritt konnten sich alle Organisationen und Privatpersonen online zu dem Für und Wider einer Überarbeitung der Richtlinie äußern. Die ersten Ergebnisse dieser Konsultation legte die EU-Kommission nun vor. Mit über 2000 Einzelbeiträgen war die Beteiligung groß.

Gewerkschaften europaweit sprachen sich gegen eine Überarbeitung der Richtlinie aus. Dies liegt v.a. daran, dass die Überarbeitung im Rahmen des sogenannten REFIT-Programms der Kommission, dem "Programm zum Bürokratieabbau und zur Vereinfachung von Rechtsvorschriften" geschehen soll. Die Kommission nimmt dabei v.a. jene Regelungen ins Visier einer möglichen Revision, die die Beschäftigten vor Sozialdumping schützen und die Beschäftigungsbedingungen verbessern sollen. Geprüft werden die Regelungen darauf, ob sie für die Unternehmen zu kompliziert, aufwändig oder zu teuer sind. Die IG Metall betrachtet REFIT als gefährliches Einfallstor für die Senkung sozialer Mindeststandards in der EU. Sie wird daher keine Vorschläge unterstützen, die zur Schwächung der derzeitigen Arbeitszeitregelungen beitragen. In ihrem Konsultationsbeitrag macht die IG Metall deutlich: "Das Hauptziel der Arbeitszeitrichtlinie ist und bleibt der Schutz der Arbeitnehmer vor den gesundheitlichen und sicherheitsrelevanten Risiken im Zusammenhang mit der Arbeitszeitgestaltung. Demnach darf die Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz nicht rein wirtschaftlichen oder finanziellen Erwägungen untergeordnet werden."

- [Arbeitszeitrichtlinie 2003/88/EG](#)
- [Öffentliche Konsultation der EU-Kommission](#)

Schnellere Hilfe bei Unfällen im Straßenverkehr – EU will eCall einführen

Im Falle eines Auto-Unfalls soll in Zukunft das sogenannte eCall-System selbständig die Rettungskräfte alarmieren. Datenschutz-Bedenken gebe es nicht.

Ab März 2018 müssen alle neuen Pkw-Modelle mit einem automatischen Notrufsystem ausgestattet werden. Dieses sogenannte eCall-System soll bei einem Auto-Unfall selbständig die 112 wählen und Ort und Zeitpunkt an die Rettungskräfte senden. Das EU-Parlament hat am 28. April 2015 die Einführung des Systems mit großer Mehrheit beschlossen. Da die 28 EU-Mitgliedstaaten im Rat bereits am 2. März 2015 zugestimmt haben, steht dem neuen europaweit geltenden Gesetz nun nichts mehr im Wege. Nach Schätzungen der EU-Kommission kann die Zeit bis zum Eintreffen der Rettungskräfte

nach einem Unfall mithilfe des eCall-Systems um 50 bis 60 Prozent reduziert werden. "Wir gehen davon aus, dass mehrere hundert Menschen jährlich durch eCall gerettet werden können", so die Sprecherin der Sozialdemokraten im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, Evelyne Gebhardt. Datenschutz-Bedenken gebe es mit der Einführung des neuen Systems nicht, so Gebhardt. Metadaten, die für die Erstellung von Bewegungsprofilen genutzt werden könnten, werden nicht gesammelt. Die EU-Abgeordnete betont: "eCall ist ein sogenanntes schlafendes Notrufsystem. Positionsdaten werden nur im Falle eines Unfalls übermittelt und nur für die Dauer des Rettungseinsatzes gespeichert."

"Benchmarking Working Europe 2015" erschienen – Ergebnisse sprechen klar gegen europäische Austeritätspolitik

Die Vergleichsstudie "Benchmarking Working Europe 2015" des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) und des Europäischen Gewerkschaftsinstituts wurde am 20. April 2015 in Brüssel vorgestellt. Sie verdeutlicht die Versäumnisse sowie die Auswirkungen von acht Jahren Austeritätspolitik auf Makroökonomie, Arbeitsmärkte, Lohn- und Tarifpolitik sowie die Mitbestimmung der Beschäftigten in Europa.

Die Studie "Benchmarking Working Europe 2015" erscheint einmal jährlich und gibt mit Hilfe von Statistiken und Analysen ein aktuelles Bild sowie die Trends der wirtschaftlichen und sozialen Situation in Europa wider. Der Fokus der diesjährigen Veröffentlichung liegt auf der Analyse der Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa und der Auswirkungen der europäischen Sparmaßnahmen auf die europäischen Volkswirtschaften. Verdeutlicht werden dabei Versäumnisse und Fehlentwicklungen von acht Jahren Austeritätspolitik. Die europaweite hohe Arbeitslosigkeit, zunehmend prekäre Beschäftigungsverhältnisse und geschwächte Rechte der Arbeitnehmer sind alarmierende Trends des bisherigen Politikurses. Es werde Zeit, die richtigen Schlüsse aus diesen Fehlentwicklungen zu ziehen und wirksame und nachhaltige Alternativen aufzuzeigen, so Bernadette Ségol, Generalsekretärin des EGB und Mitverantwortliche der Studie.

- [Link zur Studie "Benchmarking Working Europe 2015"](#)

Herausgeber: IG Metall Vorstand
V.i.S.d.P.: Wolfgang Lemb
Verbindungsbüro Brüssel *EU Liaison Office*
International Trade Union House, Boulevard du Roi Albert II, 5, B-1210 Brussels
Tel: +32 2 218 33-20 E-Mail: newsletter-bruessel@igmetall.de



[Newsletter bestellen](#) [Newsletter abbestellen](#)

IG Metall Vorstand